

NEUAUSGABE NOVEMBER 2022

10 PF.



STREIK

DER BERLINER VERKEHRSARBEITER

IMPRESSUM

Herausgeber der Originalausgabe von 1932:

Kommunistische Partei Deutschlands

Herausgeber der Neuauflage von 2022 sind die Vereine:

Gedenkstätte Ernst Thälmann

Ernst Thälmann-Platz / Tarpenbekstraße 66

20251 Hamburg – Eppendorf

Telefon: 040 – 47 41 84

Internet: www.thaelmann-gedenkstaette.de

E-Mail: kuratorium@thaelmann-gedenkstaette.de

Freundeskreis „Ernst Thälmann e.V., Ziegenhals – Berlin“

Jonasstraße 29

12053 Berlin-Neukölln

Internet: www.etg-ziegenhals.de

E-Mail: vorstand@etg-ziegenhals.de

Fünf Tage, die Berlin erschütterten*

Diese 5 Tage im November 1932 wurden Ende desselben Jahres von der Kommunistischen Partei Deutschlands in der vorliegenden historischen Broschüre aufgearbeitet, um die Erkenntnisse und die Erfahrungen dieses Kampfes - von kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern - der breiten Arbeiterbewegung zu vermitteln.

Das Original befindet sich im Archiv der Gedenkstätte Ernst Thälmann in Hamburg, und wir haben uns entschlossen die Broschüre zusammen mit unserer Berliner Bruderorganisation, dem Freundeskreis „Ernst Thälmann e.V., Ziegenhals – Berlin“, neu herauszugeben.

Am 3. November 1932 begann in Berlin der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, auch als BVG-Streik bekannt. Er war der Höhepunkt machtvoller Streikbewegungen als Antwort auf den „notverordneten“ Lohnabbau und die sich seit 1930 ständig verschärfenden Krisenabwälzungen auf die Werktätigen, die Bauern und die Arbeitslosen. Vorausgegangen war in den Vormonaten eine große Streikwelle im ganzen Land.

Bis heute wird jedoch in diesem Zusammenhang, von Antikommunisten aller Couleur, eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit der NSDAP unterstellt; und die bekannte verleumderische Formel rot = braun immer wieder in die Welt gesetzt.

Die Broschüre entlarvt diese Verleumdungen und den Verrat der Gewerkschaftsführung, der reformistischen BVG-Betriebsräte und die Lohnabbaupolitik des Gesamtgewerkschaftsverbandes.

Aber mehr noch, sie ist nicht „nur“ die Schilderung der Ereignisse jener Tage, sondern sie wirft den Leser hinein in diesen, mit aller Entschlossenheit, geführten Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter; unterstützt auch von anderen Berufsgruppen und Einwohnern Berlins. Man wird förmlich Teil dieses Kampfes, steht an der Seite der Streikenden und ballt beim Lesen die Faust. erinnert sei hier an die Kampfparole: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“

Diese Broschüre zeigt die Kraft der Arbeiterklasse, wenn sie einig ist. Es ist „ein Schulbeispiel für die Organisierung der 'Einheitsfront der Tat'“, und sie betont die Unentbehrlichkeit der revolutionären Arbeit in reformistischen Gewerkschaften und zeigt die bezwingende Gewalt des Massenstreiks.

Die Broschüre ist für unsere jungen Genossinnen und Genossen als Lehrbeispiel und Diskussionsgrundlage geeignet; sie zeigt wie ein „2-Pfennig-Lohnkampf“ die Schwelle zum politischen Massenstreik erreicht.

Wir drucken sie auch deshalb neu, da vieles aus den damaligen Kämpfen durchaus übertragbar auf die heutigen und zukünftigen Klassenkämpfe ist.

Olaf Harms
Vorsitzender der Gedenkstätte
Ernst Thälmann Hamburg

Max Renkl
Vorsitzender des Freundeskreises
„Ernst Thälmann e.V.,
Ziegenhals – Berlin“

*Überschrift des ersten Kapitels der Broschüre „Streik der Berliner Verkehrsarbeiter“

Der Streik

ein Hebel der Revolution ...

Genosse Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD.:

„Daß es möglich ist, Kämpfe auszulösen, hat die jetzige Streikwelle aus Anlaß der September-Notverordnung Papens bewiesen. Heute bekommt diese Frage eine ganz besondere Bedeutung. Mit dem Ende der relativen Stabilisierung geht auch die Periode der sozialen Reformen zu Ende. Jeder Kampf, jede Aktion, jeder Teilstreik oder gar Massenstreik gegen die Kapitaloffensive bedeutet damit in weit höherem Maße als früher eine Steigerung der Schwierigkeiten für den Kapitalismus, für die Bourgeoisie.

Das allein schon muß uns die außerordentliche Bedeutung aller Formen des proletarischen Widerstandes gegen die Kapitaloffensive klar machen.

Aber noch eine zweite Frage: man kann zwar keinerlei Schema aufstellen, daß etwa politische Massenstreiks nur aus ökonomischen Streiks hervorgehen oder nur im Anschluß an wirtschaftliche Streiks möglich sind. Aber man muß doch immer die enge Verflechtung der ökonomischen und politischen Kämpfe des Proletariats, die Lenin stets betont hat, ins Auge fassen. Und daraus kann man schlußfolgern: ohne die Erfahrungen einer ganzen Reihe von ökonomischen oder politischen Tageskämpfen, Teilstreiks, Massenstreiks bis zum Generalstreik, ist es undenkbar, daß das Proletariat reif zur Aufrollung der Machtfrage wird. Und ein Drittes: Jahrelang haben Sozialdemokratie und Bourgeoisie uns Kommunisten als die Partei einer bloßen Demonstrationspolitik, bloßer revolutionärer Zukunftsperspektiven verleumdet. Gegenwärtig bietet sich glänzender denn je zuvor die Möglichkeit, diesen Schwindel vor den Massen zu entlarven und die wirkliche Rolle unserer Partei aufzuzeigen.“

Dieses Zitat ist der Broschüre „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur“ (Rede des Gen. Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932) entnommen. Umfang 48 Seiten, Preis 20 Pfennig

**Herausgegeben von der
Kommunistischen Partei Deutschlands**

Der Streik der Berliner Verkehrs-Arbeiter

**Herausgegeben
von der Kommunistischen Partei Deutschlands**

Inhaltsverzeichnis

Fünf Tage, die Berlin erschütterten	3
Wie es zum Streik kam	4
79 Prozent der BVG-Arbeiter stimmen für den Streik	5
Zwei Vertreterversammlungen —	
Wer vertritt die BVG-Arbeiter?	7
Einige Fragen, die geklärt werden müssen	8
Der erste Streiktag	9
Der rote Freitag	12
Der Streik geht weiter	13
Das Ende des Streiks	15
Das Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie	18
Die Streikbrecher in der Nazi-Gauleitung	20
Was lehrt der BVG-Streik?	22

Fünf Tage, die Berlin erschütterten

Sechs Stunden nach dem Ausbruch des BVG-Streiks am Donnerstag, dem 3. November 1932, brachte die „B. Z. am Mittag“ Reportagen aus den Berliner Straßen und von den Haltestellen. Was haben die zwei Millionen täglich fahrender Berliner zum BVG-Streik gesagt? Die „B. Z.“ bringt ein Momentbild aus dem Westen:

„7 Uhr 10. Wo bleibt denn der Bus? Er müßte doch jetzt schon da sein?

7 Uhr 15. Immer noch kein Bus? Nimmt man die Straßenbahn? Wer weiß, was dem Bus passiert ist. Aber wo bleiben denn die Straßenbahnen? Weit und breit auch keine zu sehen . . .

„Was ist denn los? Es fährt ja nichts!“

„Sollte Verkehrstreik sein?“

„Aber — — wie sollte das möglich sein? Das gibts doch heute nicht mehr! Gehen wir zur U-Bahn.“

Man geht den Kilometer bis zur U-Bahn. Der sonst lichter-glitzernde Bahnhof ist dunkel. Tor geschlossen. Davor schreitet auf und ab ein Streikposten. Stück Pappe an der Stirn um den Hals. Darauf steht:

„BVG streikt!“

Also doch!

Man schreitet den Kurfürstendamm entlang. Es warten an den Haltestellen keine Menschen mehr. Es geht auf 8 Uhr zu. Doch! Hier warten einige württembergische Reichswehroffiziere doch noch an der Haltestelle und schimpfen: „So a Schlamperei!“ Sie sind neu in Berlin. Wissen nicht, daß es über Nacht nach 13 Jahren wieder ernst geworden ist.“

„Nach 13 Jahren ist es wieder ernst geworden.“ Dieses Gefühl beherrschte in den fünf Streiktagen ganz Berlin, es beherrschte ganz Deutschland. Die toten Gleise des größten Verkehrsbetriebes Europas kündeten der ganzen Welt den aufbäumenden Widerstandswillen des deutschen Proletariats, sein erwachendes Kraftbewußtsein und seine riesige Kraft.

Drei Krisenjahre. Immer frecher, immer brutaler, immer herausfordernder wird der Klassenfeind. Lohnabbau mit und ohne Notverordnungen, Unterstützungsraub, Raub an den Kranken und Invaliden, Raub ohne Ende.

Es kam die September-Notverordnung, ein neuer empfindlicher Schlag gegen die dürftige Lohntüte. Und das deutsche Proletariat bäumte sich auf. 800 Streiks in zwei Monaten, meistens erfolgreich. Ein frischer Luftzug geht durch die deutsche Arbeiterbewegung, ein Erwachen zum proletarischen Handeln. Und mitten in diese Situation, in die mit Konfliktstoff geladene Luft platzte wie eine Bombe der Berliner Verkehrsarbeiter-Streik. Das war der Höhepunkt der zwei Streikmonate. Das war eine lebendige Erinnerung an die Tage, in denen die deutsche Arbeiterklasse C u n o und K a p p hinweggelegt hat, eine Erinnerung an die Spartakuskämpfe.

Ein Streik, der den ganzen Berliner Verkehr lahmlegte, unbestritten und ungeteilt unter Führung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition. Dieser Streik weckt bei Millionen Proletariern in allen Teilen Deutschlands neue Hoffnungen, neues Kraftbewußtsein, neuen Willen zum Widerstand und zum Angriff. In den Regierungsstuben, in den Büros der Trusts und Konzerne, in den Gewerkschaftsbüros wirkten die fünf Berliner Streiktage wie eine mächtige Kampf-ansage der ausgebeuteten und ausgemergelten Lohnsklaven. Das waren wirklich historische Tage.

Wie es zum Streik kam

Warum streikten die BVG-Arbeiter? „Aus Ueberlust haben die BVG-Arbeiter gestreikt.“ Das sagte der SPD-Funktionär Knoppendorf in der Funktionärversammlung des Gesamtverbandes vom 14. November. Zu gut ging es den BVG-Arbeitern, und deshalb hätten sie gestreikt.

Ja, es gibt Arbeiter, denen es noch schlechter als den BVG-Arbeitern geht. Sollen deshalb die BVG-Arbeiter den Lohnabbau ohne Ende schlucken? Nur einige Tatsachen:

Von Mai 1931 bis Januar 1932 ist der Spitzenlohn bei der BVG um 65 Mark pro Monat gekürzt worden. Im Laufe des Jahres 1932 folgte die Einführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich für die Werkstättenarbeiter, eine dritte Feierschicht pro Monat für das Verkehrspersonal, drei neue Feierschichten zu den drei schon bestehenden für die schlechtest bezahlte Gruppe, für die Fahrkartenverkäuferinnen, eine Herabsetzung der Arbeitswoche von 42 auf 30 Stunden für die Reinigungsfrauen.

Dazu kam die gesteigerte Antreiberei: die Diensteinteilung wurde zu einer Quelle von Schikanen für das Verkehrspersonal, in den Werkstätten wurde mit Hille der Stoppuhr durch den von der Reichsbahn übernommenen Ingenieur H o f f m a n n ein besonders raffiniertes Antreibersystem eingeführt. Rücksichtslos ging die Direktion gegen die zahlreichen in Werkswohnungen lebenden BVG-Arbeiter vor:

obgleich der Lohn im Laufe der Zeit um mehr als ein Drittel gekürzt war, blieben die hohen Neubaumieten fast unverändert.

Eine große Erbitterung bemächtigte sich der Belegschaft. Mitte Oktober entstand in einigen Werkstätten anlässlich der Einführung des Hoffmann-Systems eine Streikstimmung, die nur mit Mühe von der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt werden konnte. In der Nord-Süd-Werkstatt kam es anlässlich einer Schikane der Direktion zur passiven Resistenz. Der Kampf gegen die hohen Mieten breitete sich aus.

Die September-Notverordnung sah eine Angleichung der Löhne der BVG-Arbeiter an die Löhne der Reichsarbeiter vor.

Unter Leitung des Herrn Schaum schloß die Gesamtverbandsbürokratie mit der BVG ein Abkommen ab über einen Lohnabbau von 2 Pfennigen.

Weiterer Lohnabbau soll in den nächsten Monaten folgen. Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages wurden von der Direktion gekündigt, um einschneidende Verschlechterungen durchzuführen.

Das „Berliner Tageblatt“, ein der Gewerkschaftsbürokratie freundlich gesinntes Organ, schrieb am 8. November in der Abendausgabe über die Verhandlungen der Gewerkschaftsbürokratie:

„Allerdings ist . . . zu berücksichtigen, daß die Abwehr der Lohnsenkung von den Gewerkschaften aus verschiedenen Gründen nicht mit voller Kraft und mit voller Ueberzeugung geführt werden konnte: einmal aus taktischen Ueberlegungen . . . , weiter weil die Belegschaft der BVG nur zu einem Drittel gewerkschaftlich organisiert ist, schließlich, weil die Arbeitsbedingungen der BVG-Arbeiter im Vergleich zu anderen Arbeiterkategorien immer noch relativ günstig waren.“

Die Gewerkschaftsbürokratie fand einen gewissen Lohnabbau bei der BVG ganz in Ordnung.

79 Prozent der BVG-Arbeiter stimmen für den Streik

Das Lohnabbau-Abkommen der BVG-Direktionen mit der Bürokratie des Gesamtverbandes rief bei den BVG-Arbeitern die helle Empörung hervor. Auf vielen Dienststellen und Depots wirkten seit längerer Zeit Einheitsausschüsse. Am 16. September fand eine Delegiertenkonferenz statt, auf der 18 Einheitsausschüsse mit 150 Kollegen vertreten waren. Die roten Arbeiterräte forderten die Einberufung von Vollversammlungen. In Depots- und Bahnhofsversammlungen

wurden Beschlüsse gefaßt, der Betriebsrat solle Vollversammlungen einberufen. Sechs solcher Betriebsversammlungen, vom reformistischen Betriebsrat einberufen, fanden am Dienstag, dem 24. Oktober, statt und wurden zu einer schweren Abrechnung mit der Lohnabbaupolitik des Gesamtverbandes. Die reformistischen Betriebsräte Loll, Flieger und Arndt gebärdeten sich sehr radikal. Die Stimmung der Belegschaft war aber durch das Auftreten der Opposition für die reformistischen Betriebsräte vernichtend.

Flieger, der sozialdemokratische Vorsitzende des BVG-Betriebsrats, kündigte in diesen Versammlungen eine Urabstimmung an und sagte, mit dieser Urabstimmung solle der RGO das Maul gestopft werden. Von den 22 000 BVG-Arbeitern sind etwa 6000 im Gesamtverband und rund 1 200 in verschiedenen anderen Verbänden organisiert. Die Reformisten trauten den 1 500 RGO-Leuten nicht die Kraft zu, diese große Masse der unorganisierten und organisierten Kollegen für den Kampf zu gewinnen. Am Abend des 2. November sollten sie eine böse Ueberraschung erleben.

Zwei der stärkst besuchten Versammlungen beschlossen, eine neue Delegiertenkonferenz zum 29. Oktober einzuberufen. Dort soll der Streik vorbereitet, die Wahl der Kampfausschüsse soll in allen Betrieben durchgeführt werden. Nur fünf Tage standen für die Vorbereitung dieser Konferenz zur Verfügung. Trotzdem wurde sie von 120 Kollegen besucht, die einmütig beschlossen, bei der angesetzten Urabstimmung die Belegschaft für den Streik zu mobilisieren und am 2. November, zwei Stunden nach Abschluß der Urabstimmung, zu einer neuen Delegiertenkonferenz zusammenzutreten.

Am 2. November, am Tage der Urabstimmung, trat der „Vorwärts“ offen für die Annahme des Lohnabbaus ein:

„Diese Tatsachen liegen der heutigen Urabstimmung zugrunde, die von den Funktionären, vor allem deshalb beschlossen wurde, um die Verantwortung den Elementen zu übertragen, die über jeden Erfolg der Gewerkschaften Verrat schreien. Die heutige Urabstimmung wird zugleich ein Beweis dafür sein, welchen Rückhalt „Schreier“ innerhalb der BVG-Belegschaft haben.“

Es kam der Abend des 2. November. Mit 14 571 gegen 3 993 Stimmen wurde der Lohnabbau abgelehnt. 79 Prozent der Abstimmenden hatten für Streik gestimmt!

An der Urabstimmung beteiligten sich von 21 902 Beschäftigten 18 537 Kollegen. 3 335 Kollegen haben sich an der Streikabstimmung nicht beteiligt, davon waren etwa 2 900 krank oder beurlaubt. Die Reformisten zählten die kranken und beurlaubten Kollegen, die an der Abstimmung verhindert waren, einfach als Stimmen für den Lohnraub und erklärten, es sei keine Dreiviertelmehrheit für den Streik.

Zwei Vertreterversammlungen – Wer vertritt die BVG-Arbeiter?

Am Abend des 2. November tagten in Berlin in zwei Lokalen zwei Funktionärversammlungen: Die Delegiertenkonferenz und die Obleutekonferenz. Die gewerkschaftliche Obleutekonferenz lehnte den Streik ab, sie erklärte, es sei „keine statutarische Streikmehrheit vorhanden“. Zugleich aber tagte die Delegiertenkonferenz. Ihre Beratung war kurz und ihr Ergebnis klar. Es lautete:

„Die Delegiertenkonferenz beschließt: Der Streik in der BVG wird Donnerstag früh mit Arbeitsbeginn aufgenommen.

Die Streikleitung ist getragen vom Willen der Belegschaft. Die Streikleitungsmitglieder haben sich alle den Beschlüssen der Streikleitung zu unterordnen. Wer sich nicht den Beschlüssen fügt, kann nicht Mitglied der Streikleitung sein.“

Einstimmig wurde dieser Beschluß gefaßt, einstimmig wurde auf dieser Grundlage die zentrale Streikleitung gewählt, der auch 16 Freigewerkschafter, 4 NSBO-Kollegen und 2 Frauen von BVG-Arbeitern angehörten. Dann gingen die Delegierten hinaus zu ihren Dienststellen, wo die Kollegen schon auf Beschlüsse warteten. Welche Konferenz wird recht behalten — die der reformistischen Obleute oder die der Arbeiter-Delegierten?

Am Donnerstag, dem 3. November, erschien der „Vorwärts“ mit einer Überschrift auf der ersten Seite: „Keine Streikmehrheit bei der BVG“. Es hieß in diesem Artikel:

„Was jetzt bei der BVG durchgeführt wird, ist in Wirklichkeit die Angleichung der Löhne der Arbeiter der BVG an die Löhne der übrigen Arbeiter der Stadt Berlin.“

Zuversichtlich spricht der „Vorwärts“ davon, daß es zu keinem Streik kommen würde:

„Im übrigen wird es sich auch hier wieder erweisen, daß einen „radikalen“ Stimmzettel abzugeben und danach handeln, zwei sehr verschiedene Dinge sind.“

Als der „Vorwärts“ mit diesem Aufsatz erschien, standen die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft bereits restlos im Streik.

Die Nacht vom 2. zum 3. November war eine Nacht der Vorbereitung. Zehntausende klassenbewußte Arbeiter haben in dieser Nacht ihre Pflicht gegenüber der BVG-Kollegenschaft, gegenüber ihrer Klasse getan.

Um 3 Uhr morgens sammeln sich viele tausende Arbeiter um die Bahnhöfe und um die Depots der BVG. Zu einzelnen Bahnhöfen waren

bis 1000 Arbeiter gekommen. Streikposten mit Streikplakaten waren überall. Kein Wagen der Straßenbahn, kein Omnibus, keine U-Bahn verließ an diesem Morgen die Bahnhöfe. Die wenigen schwankenden und wartenden BVG-Kollegen schließen sich dem mächtigen Strom der Streikenden an. Die BVG-Belegschaft stand geschlossen wie ein Mann im Kampf.

Einige Fragen, die geklärt werden müssen

Nach zehn Jahren ist in Berlin wieder ein Verkehrsstreik ausgebrochen. In mühseliger Arbeit von vielen Monaten ist der Streik vorbereitet worden. Jahrelang, monatelang wurde der BVG, dem größten Berliner Betrieb, seitens der Berliner Organisationen der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Einheitsausschüsse, die Mieterkommissionen, die Delegiertenkonferenzen, die Betriebszeitungen — eine gewaltige Fülle von Kleinarbeit, von Aufklärung, von Organisation.

Die Tage der Streikvorbereitung und der Streikauslösung. Für viele tausende KPD- und RGO-Kollegen waren es Tage und Nächte der opfervollen Arbeit, der selbstlosen Hilfe für die Streikenden.

Von besonderer Bedeutung für die Auslösung des BVG-Streiks war die Tatsache, daß die Belegschaften der Dienststellen darauf eingestellt waren, den Kampf, ohne abzuwarten, auf ihren Dienststellen aufzunehmen. Die Belegschaften warteten nicht, „bis der Streik überall einsetzt“, es war kein Schielen auf die anderen Dienststellen. Im Laufe von vielen Monaten führte die RGO gegen die Stimmung: „Hannemann, geh du voran!“ einen erbitterten und erfolgreichen Kampf.

Mit allem Nachdruck muß aber folgendes betont werden: ohne die Streikwelle der letzten zwei Monate wäre der BVG-Streik kaum möglich. 800 Streiks fanden in Deutschland von Mitte September bis Mitte November gegen den notverordneten Lohnabbau statt. Schon Mitte Oktober konnte der Führer der KPD, der Genosse Ernst Thälmann, auf der Reichsparteikonferenz der KPD feststellen:

„Seit langer Zeit ist sich die Arbeiterklasse zum ersten Male wieder ihrer gewaltigen Kraft bewußt geworden. Die reformistische Ideologie, wonach man in der Krise keinen Streik führen kann, wonach die Erwerbslosen eine Streikbrecherrolle spielen und gegen den mit Notverordnungen diktierten Lohnabbau nicht gekämpft werden kann, ist durch die Praxis widerlegt.“

(„Im Kampfe gegen die faschistische Diktatur“, Seite 24.)

Es war die RGO, die, verfolgt von den Unternehmern, verfeimt von den Gewerkschaftsbürokraten, den Gedanken des betrieblichen Widerstandes in die Massen getragen hat, hartnäckig und zielbewußt den betrieblichen Streik organisierte. Die Streikwelle der letzten Monate ist die Frucht der Arbeit der RGO in den drei Krisenjahren.

Man kann den BVG-Streik ohne diese Streikwelle nicht verstehen, er ist Bestandteil und Höhepunkt dieser Welle.

Was die Taktik der Gewerkschaftsbürokratie in diesem Streik anbelangt, so ist sie charakteristisch für ihre gesamte Haltung während der letzten Streiks. Einige betriebliche Streiks sah sich in diesen Monaten die Gewerkschaftsbürokratie gezwungen „mitzumachen“. Anlang Oktober sanktioniert die Bürokratie des Gesamtverbandes unter dem Druck der radikalisierten Mitglieder massen sogar einen Verkehrsstreik in Hamburg. Freilich wird der Streik von der Bürokratie mit aller Brutalität abgebrochen, als der Lohnabbauschiedspruch für verbindlich erklärt wurde.

Die Bürokratie konnte sich den Hamburger Verkehrsstreik erlauben, weil die Positionen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition im Gesamtverband schwach sind; 90 Prozent der Hamburger Verkehrsarbeiter aber freigewerkschaftlich organisiert sind. In Berlin war es anders. Hier besitzt die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition einen gewaltigen Einfluß in der BVG-Belegschaft. Dazu kann ein Berliner Verkehrsstreik sehr leicht in einen politischen Massenstreik umschlagen. Davor hat die Gewerkschaftsbürokratie schlotternde Angst. Deshalb die rücksichtslose, brutale Ablehnung des Streiks in Berlin seitens der Bürokratie.

Der erste Streiktag

In den späten Morgenstunden finden überall Streikversammlungen statt, Streikleitungen werden gewählt.

Die zentrale Streikleitung wählt eine Verhandlungskommission und beauftragt sie, der Direktion folgende Forderungen zu unterbreiten:

„Der von der Direktion mit den Vertretern des Gesamtverbandes vereinbarte Lohnabbau von 2 Pfennigen wird sofort zurückgenommen.“

Die Direktion erklärt und verpflichtet sich, daß sie keinerlei Lohnabbau vornimmt.

Die Streiktage werden bezahlt. Maßregelungen finden nicht statt.

Berlin, den 3. November 1932.“

Die Direktion will mit der zentralen Streikleitung nicht verhandeln. Sie hat viel angenehmere Verhandlungspartner, die Verbandsbürokratie.

Die Stimmung auch der freigewerkschaftlich organisierten BVG-Arbeiter war eine solche, daß im Laufe des Donnerstag die Gewerkschaftsfunktionäre sich hie und da für den Streik erklären mußten. So z. B. gab auf Straßenbahnhof I der freigewerkschaftliche Betriebsobmann Schwandt am ersten Tage die Erklärung ab:

„Die Mitglieder der freien Gewerkschaften haben den Streik einmütig und geschlossen begonnen und werden ihn auch so zu Ende führen. Wir sind die letzten, die in den Betrieb gehen und daher werden wir die Streikbrecher aus euren (der RGO) Reihen kennen lernen.“

Der Abend-„Vorwärts“ vom 3. November ist gezwungen, den Widerstand der Belegschaft gegen den Lohnraub plötzlich für „verständlich“ zu erklären. So groß war die Streikstimmung in der BVG.

Am selben Abend ging die Bürokratie des Gesamtverbandes dorthin, wo sie schon so viele Streiks erwürgt hatte — zum Verhandlungstisch des Schlichters. Macht nichts, daß die überwältigende Masse der BVG-Arbeiter nicht hinter ihnen stand. Sie verhandeln „im Namen der Belegschaft“ mit der Direktion und dem Schlichter.

Unter dem Druck des Streiks erklärte die Direktion, den Manteltarif bis Ende März 1933 verlängern zu wollen und auf weitere Verschlechterungen zu verzichten. Die Direktion forderte aber, daß der tarifliche Lohnabbau von 2 Pfennig bestehen bleibt und auch der Vorbehalt, nach einem Monat weiteren Lohnabbau vornehmen zu können. Um 10 Uhr abends war das Lohnabbaudiktat für verbindlich erklärt.

Hier ist ein Schulbeispiel geliefert worden, wie der nur-gewerkschaftliche Kampf, der gewerkschaftliche Kampf, der die Grenzen des bürgerlichen Gesetzes nicht überschreiten will, bei größeren Streiks binnen wenigen Stunden an seine Grenze anlangt. Der Schiedsspruch wurde für verbindlich erklärt — das war immer der kritische Moment für alle größeren Streiks der letzten Jahre. In einer offiziellen Erklärung des Gesamtverbandes zum BVG-Streik, die am 8. November, einen Tag nach Abbruch des BVG-Streiks, erschien, wurde erklärt:

„Nachdem die Möglichkeit gewerkschaftlicher Betätigung durch Beschaffung eines Zwangstarifes beendet war, konnten die Gewerkschaften nur noch ihren Mitgliedern die Mitteilung machen, daß sie sich zur Dienstleistung bereit erklären sollen... Der Staat hat durch Eingriff des Schlichters, durch Schaffung des Zwangstarifes, den Gewerkschaften die Hände am ersten Tage der Verkehrsstilllegung gebunden.“

Der Abend-„Vorwärts“ vom 5. November berichtete über eine am Freitagvormittag stattgefundene Konferenz der Funktionäre des Gesamtverbandes unter der Ueberschrift: „Aufnahme der Arbeit, Beschluß der BVG-Funktionäre“. Der „Vorwärts“ erklärt:

„Seit gestern abend 10 Uhr sind die Gewerkschaften wieder Tarifpartner. Sie fordern ihre Mitglieder auf, sich zur Arbeitsaufnahme zu melden und die Arbeit wieder aufzunehmen.“



Auftakt zum Streik: 500 uniformierte BVG-Arbeiter marschieren anlässlich einer Kundgebung der KPD unter tosendem Beifall der Versammelten in den Sportpalast



Streikposten stehen vor den verlassen daliegenden Depots

Die Gewerkschaftsbürokratie rief offen und brutal zum Streikbruch auf. Freitag früh wurde der Beschluß der Gewerkschaftsbürokratie auf allen Dienststellen bekannt. Die Direktion forderte die Belegschaft auf, um 2 Uhr mittags die Arbeit aufzunehmen. Wer weiter streikt, wird entlassen!

Was wird der Nachmittag bringen, werden die BVG-Arbeiter der Parole der Gewerkschaftsbürokratie folgen, werden sie den Kampf trotz Bürokratie und verbindlich erklärtem Schiedsspruch weiterführen?

Der rote Freitag

Diesen Freitag wird die Berliner Arbeiterschaft nicht vergessen. 80 000 Arbeiter — vorsichtig gerechnet — haben am Freitagnachmittag auf den Berliner Straßen den Kampf gegen Streikbruch aufgenommen. Der Kampf der BVG-Arbeiter ist zum Kampf der gesamten Berliner Arbeiterschaft geworden. Drei Tote, viele Jahre Zuchthaus kostete dieser Tag der Berliner Arbeiterschaft. Das war ein großer Tag des Berliner Proletariats, ein Tag, der im Befreiungskampf des Proletariats eine große Rolle spielt. Das Blut, das an diesem Tag vergossen wurde, die Opfer, die das Berliner Proletariat an diesem Tag gebracht hat, waren nie umsonst.

Als 1912 auf den Lenaer Goldgruben im weiten Sibirien Blut streikender Arbeiter vergossen wurde, brachte die damalige „Prawda“, das Zentralorgan der russischen Bolschewiki, als die telegraphische Nachricht nach Petersburg kam, ein Gedicht des russischen proletarischen Dichters Demjan Bedny, das mit den Worten anfang:

„Verflucht, verflucht,
Der diesen Tag vergessen wird,
Der dieses Blut
Nicht rächen wird.“

Das Blutbad der Lenaer Arbeiter wurde zum Ausgangspunkt eines großen revolutionären Aufschwungs in der russischen Arbeiterbewegung.

Das Ergebnis des zweiten Tages. Ein dürftiger Bericht der BVG-Direktion teilt mit: Von etwa 3000 Straßenbahnwagen wurden an diesem Tag 271 in Verkehr gesetzt. 165 Wagen und 26 Omnibusse, teilweise bis zur Vernichtung, beschädigt. 47 Insassen der Wagen, darunter 30 Streikbrecher, wurden verletzt. Um 18 Uhr war der „Notverkehr“ eingestellt.

Die Meute der bürgerlichen Presse kennt keine Grenzen in ihrer Hetze. Die „Rote Fahne“, die „Welt am Abend“, das „Volksecho“, „Volkswacht“, sind verboten. Hugenbergs „Nachtausgabe“ und Ullsteins „Tempo“, die liberale und die konservative Presse, die

„großen“ Zeitungen und die Boulevard-Blätter, alle bringen die gleichen Schlagzeilen, alle schäumen vor Wut, alle drucken die übelsten Tartarenmeldungen, um bei den Streikenden eine Depression zu erzeugen. An der Spitze, wie immer, der „Vorwärts“: „Putsch statt Streik“, schreit eine Überschrift im Abend-„Vorwärts“. Damit ist das Stichwort gegeben: gegen einen Putsch ist die rücksichtslose Anwendung der Machtmittel des Staatsapparats „berechtigt“.

Die Hetze bleibt nicht ohne Wirkung: Neue Massenverhaftungen setzen in allen Stadtteilen ein, die Polizei schreitet gegen die Streikposten ein, einer der Streikführer, der Genosse K a y s e r, ehemaliger roter Betriebsrat bei der BVG, wird verhaftet, in den Regierungskreisen wird die Verhängung des Ausnahmezustandes erwogen. P a p e n spricht höchstpersönlich im Rundfunk. Er kündigt die „Ausrottung des streikhetzerischen Bolschewismus und den Einsatz aller staatlichen Machtmittel“ an. Wutentbrannt erklärte er den Streik als ein „nationales Verbrechen“. Das stimmt, wenn man unter „Nation“ die kleine Clique von Ausbeutern, von Kapitalisten, Großgrundbesitzern und Börsenhyänen versteht. Ein Schwarzsender antwortet am nächsten Tage dem amtlichen Rundfunksender: „Alles für den Sieg der BVG-Arbeiter!“

An diesem Abend war es klar, der BVG-Streik ist an dem Punkt angelangt, wo er die ganze Staatsgewalt herausgefordert hat und wo er, um über sie zu siegen, auf eine neue höhere Stufe treten muß. Der verbindliche Schiedsspruch ist durchbrochen. Der reformistische Verrat — zum erstenmal seit langer Zeit — kann die Streikfront nicht zerbrechen. Die Staatsgewalt mobilisiert alle ihre Gewaltmittel, um den Ausstand zu ersticken. Nur der politische Massenstreik — zu allererst die Verbreiterung des Streiks auf die Berliner lebenswichtigen Betriebe — kann der Arbeiterschaft den Sieg sichern.

Der Streik geht weiter

Sonnabend und Sonntag, die Streikfront der BVG-Arbeiter bröckelt nicht ab, wie die bürgerliche Presse täglich zweimal erzählt, sondern sie stärkt sich sogar. Am Sonnabend, dem 5. November, kann die BVG nach ihrem eigenen Bericht nur 192 Züge, am Sonntag 200 Züge und 10 Omnibuswagen in Verkehr bringen (am 4. November waren es 271 Züge und 10 Omnibuswagen gewesen). Auch das nur in wenigen Nachmittagsstunden bis zum Einbruch der Dunkelheit. Die Züge gehen unter stärkstem Polizeischutz, der Kleinkrieg mit den Berliner Arbeitern dauert an. Von einem Geschäft der BVG ist bei diesen Wagen überhaupt nicht die Rede. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet:

„Die Straßenbahn ist nicht überfüllt. Sie ist leerer, als man jemals die „1“ gesehen hat. Ganze sieben Fahrgäste hat sie. Bei dreimaliger Rundfahrt hat der Schaffner 6 Mark eingenommen, sonst etwa 100 Mark. Schließlich fährt die Bahn zurück.“

Immer wieder erleiden die Fensterscheiben der Streikbrecherbahnen Schaden. Des Nachts werden Bäume umgelegt, die Oberleitungen durchschlagen und die Geleise verrammelt. Streckenschalter werden unbrauchbar gemacht, Weichen mit Zement ausgegossen. Auf der Spandauer Strecke sind einmal in finsterner Nacht sogar die Geleise abhanden gekommen. In der Gitschiner Straße — wie auch an anderen Punkten — entstanden, wie aus den Sondergerichtsverhandlungen hervorgeht, Nacht für Nacht **Barrikaden** zur Verrammung der Geleise. Hartnäckig, mit List und Schlaueit, führen die Berliner Arbeiter den ständigen Kleinkrieg gegen den Streikbruch.

In den Streikversammlungen und in den Streiklokalen — soweit sie von der Polizei nicht ausgehoben sind — herrscht regstes Leben. Schon am ersten Streiktag haben sich die meisten Streikleitungen in eine ganze Reihe von Kommissionen gegliedert: für die Registrierung und Zusammenfassung der Streikenden; für die Massenagitation, für die Organisierung der täglich mindestens einmal stattfindenden



Streikposten werden verhaftet

Versammlungen und die Herausgabe von besonderen Zeitungen für die Orientierung der Streikenden und der Berliner Bevölkerung; für die Abwehr des Streikbruches; für die Organisierung der Solidaritätsaktion, der Unterstützung und Speisung der streikenden Arbeiter.

Die Solidarität der Berliner Werktätigen hat die Eröffnung von Küchen fast in allen Stadtteilen möglich gemacht. An dem kalten, regnerischen Sonnabend bilden diese Küchen den Treffpunkt aller Streikenden, wo sie diskutieren, ihre Meinungen austauschen, neue Nachrichten der zentralen Streikleitung erwarten.

Die zentrale Streikleitung antwortete auf den verstärkten Terror mit der Aufstellung von zwei politischen Forderungen:

„Zurückziehung der Polizei von den Dienststellen, Freilassung der verhafteten Streikhelfer.“

Sonnabend früh. Ein telefonischer Anruf bei der zentralen Streikleitung. Die BVG-Direktion lädt die zentrale Streikleitung zur Verhandlung ein. Die zentrale Streikleitung schickt eine Verhandlungskommission in das Direktionsgebäude. Sie wird dort von Herrn Heidenreich, Sekretär des Personalchefs, empfangen. Die Verhandlungskommission legt ihre Forderungen vor, die Direktion will in einigen Stunden Antwort geben. Beim Verlassen des Gebäudes wird die Verhandlungskommission von dem Unterhändler der BVG-Direktion, Herrn Heidenreich, der Polizei ausgeliefert und verhaftet. Kriegsführende Negerstämme würden eine solche Handlungsweise sicherlich als eine Ungeheuerlichkeit ansehen. Es gibt aber keine Gemeinheit, die für dem in seinem Profit bedrohten Kapital zu gemein wäre.

Das Ende des Streiks

Hören wir die Zeugenaussage eines bürgerlichen Organs, das keineswegs einer besonderen Freundschaft zu den Streikenden verdächtig ist, wie die Berliner werktätige Bevölkerung den BVG-Streik aufgenommen hat. Der „Deutsche Volkswirt“, eines der intelligentesten Organe des deutschen Finanzkapitals, schreibt in seiner Nummer vom 11. November:

„Daran ist kein Zweifel mehr: Die Streikbewegung war trotz der Unbequemlichkeit, die sie für die Masse der Bevölkerung mit sich brachte, und trotz der zahlreichen Sabotageakte, die auch das große Polizeiaufgebot nicht verhindern konnte, von der Sympathie breiter Schichten getragen. Hier wirkten sich Dinge aus, die logisch mit dem Streik in keinem Zusammenhang zu bringen waren: der Unterstützungsabbau, die Regierungsparole gegen den Wohlfahrtsstaat, der 20. Juli. Zahllose unbeteiligte Arbeiter und Angestellte empfanden eine tiefe Befriedigung darüber, daß . . . der Arbeiterschaft eine so scharfe Waffe geblieben sei.“

Ja, die Logik der Bourgeoisie kann den Zusammenhang zwischen dem Unterstützungsabbau und der begeisterten Aufnahme des BVG-Streiks von der Berliner Arbeiterschaft nicht begreifen. Dafür aber begriff diesen Zusammenhang sehr gut jeder Berliner Arbeiter. Schon am ersten Tage demonstrierten die Erwerbslosen in Riesenversammlungen und auf den Stempelstellen für den Streik der BVGer. In den meisten Berliner Arbeitervierteln fanden trotz des Verbots Demonstrationen mit über 1000 Teilnehmern statt. In allen Betrieben diskutierten die Arbeiter über das große Beispiel. Ein Gefühl der Kraft bemächtigte sich der Lohnsklaven am Schraubstock und an der Hobelbank. Sie sind es, die ihre Hand an der Gurgel des Staates und der Wirtschaft halten. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will . . .“

Tag für Tag erschienen in den Berliner Straßen zehntausende Erwerbslose und zeigten ihre Solidarität mit den uniformierten BVG-Kollegen. Jahrelang hämmerten die Reformisten ein: man kann in

der Krise nicht streiken, die Millionen Erwerbslosen werden den Streikenden in den Rücken fallen. Die Berliner Erwerbslosen sind in den Streiktagen gekommen, nicht, um Streikbruch zu üben, nicht, um den BVG Arbeitern in den Rücken zu fallen, sondern um ihre Kraft und ihr Leben für die Sache der BVG-Arbeiter, die die Sache der ganzen deutschen Arbeiterklasse geworden ist, einzusetzen.

Sollte einmal ein gut bezahlter Gewerkschaftsangestellter in einer Versammlung auftreten und von der Gefahr des Streikbruchs seitens der Erwerbslosen sprechen, werden ihm die Worte in der Kehle stecken bleiben. Haben die hungernden und darbenden Berliner Erwerbslosen — viele von ihnen sind 3 und 4 Jahre erwerbslos, viele von ihnen haben wochenlang, monatelang kein warmes Essen zu sich genommen, viele von ihnen sterben mit Kindern und Frauen in den tausenden Berliner Lauben — die Gelegenheit benutzt, eine Stellung bei der BVG zu erlangen? Nein, sie haben das nicht getan, sie haben vielmehr ihr Letztes für den Erfolg des Streiks eingesetzt. Nicht die hungernden Erwerbslosen, die saßen Gewerkschaftsbürokraten waren es, aus Angst, ihre gute Stellung zu verlieren, die den finstersten Streikbruch organisierten. Sie waren es, die die auflodernde Flamme des proletarischen Widerstandes mit Füßen traten. Deutsche Arbeiter in allen Parteien und Organisationen, den Streikbruch der Gewerkschaftsbükratie in den fünf heldenhafte Tagen des BVG-Streiks dürft ihr niemals vergessen!

Welchen Eindruck der Berliner Verkehrsstreik im ganzen Reich gemacht hat, zeigt ein Telegramm an Herrn von Papen aus Barmen-Elberfeld:

„An die derzeitige Reichsregierung,

z. Hd. des Reichskanzlers von Papen.

Belegschaft der Wuppertal Bergischen Kleinbahn (Schwebe- und Talbahn) begrüßt Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Wir sind empört über reaktionäre Terror-Maßnahmen gegen streikende Berliner Verkehrsarbeiter. Um zwei Picnigne wurden bereits drei streikende Kollegen erschossen, zahlreiche schwer verwundet. Bisher 1,2 Millionen Mark Schaden durch Streik; womit mehr als ein Jahr der alte Lohn weiter gezahlt werden konnte.

Wuppertaler Straßenbahner fordern ultimativ Zurücknahme aller Maßnahmen gegen streikende Kollegen, andernfalls schließen wir uns Berliner Verkehrsarbeiter-Streik an, schalten Strom aus, legen Maschinen still. Werden Streikfront im Westen verbreitern und damit beweisen, daß Streikwaffe der Arbeiter stärker ist, als Ihre Diktatur.“

Groß waren die Sympathien der Arbeiter. Aber der Klassenfeind begriff sehr schnell, was für ein Einsatz auf dem Spiel steht. Der Klassenfeind mobilisiert alle seine Machtmittel, er schleudert auf die Waagschale seine gewaltigen Reserven. Schon am Freitag wurde klar: Dieser Streik kann nur gewonnen werden, wenn die Berliner Betriebsarbeiter auf den Plan treten.

Die Nachrichten aus den Betrieben waren: Die Metallabfuhr mit ihren 1500 Arbeitern beschloß mit 90prozentiger Mehrheit den Solidaritätsstreik — den ersten in Deutschland seit vielen Jahren. 500 Kass-Proleten beginnen den Kampf für ihre eigenen Forderungen, ebenso die Kohlenarbeiter von Montania-Charlottenburg. Bei der Gas-Betriebsgesellschaft, die mit dreiviertel Mehrheit den Streik für Sonnabend früh beschloß, zieht die Direktion in den Nachtstunden rasch den Lohnabbau zurück. In den Gasbetrieben und anderen kommunalen Unternehmungen haben Massenverhaftungen von Funktionären die Stoßkraft der Belegschaft gelähmt. Die großen Berliner Metallbetriebe haben in diesen Tagen versagt.

Mit aller Kraft organisiert die Gewerkschaftsbürokratie den Streikbruch. Sonnabend noch nehmen sie an vielen Punkten ihre Mitglieder zusammen und verpflichten sie, am Montag früh unter Polizeischutz in die Betriebe zu gehen. Die Polizei besetzt Streiklokale, schließt die Streikküchen. Die Polizei kämmt Montag früh die Straßen frei — die Streikbrechergruppen marschieren ein.

Von innen zersetzen die Nazis die Streikfront. Abgesandte der Nazi-Gauleitung verbreiten die tollsten Gerüchte. Sie berichten in Streikversammlungen, daß an vielen Dienststellen gearbeitet wird, daß die RGO angeblich zum Streikbruch aufruft und dergleichen mehr.

Mit allen diesen Manövern haben Gewerkschaftsbürokratie und Naziführung im Laufe des Montag ein Abbröckeln der Streikfront erreicht. Nach dem Bericht der BVG.-Direktion waren an diesem Tage 8446 Arbeiter im Betrieb, 13 500 also noch im Streik.

Abends versammelte sich die zentrale Streikleitung zu ihrer letzten Sitzung. Dort wird beschlossen:

„Die letzte Sitzung der zentralen Streikleitung spricht der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, der KPD, sowie der kühnen Haltung der „Roten Fahne“ (die zu ihrem Verbot und zu ihrer Beschlagnahme führte) die vollste Anerkennung für die tatkräftige und aktive Unterstützung des Kampfes aus.

Sie fordert alle Kollegen zum Masseneintritt in die RGO auf, um innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften die neuen Vorbereitungen zu treffen für den siegreichen Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit.

Die zentrale Streikleitung sendet im Auftrage der Berliner Verkehrsarbeiter den Gewerkschaften der Sowjetunion heiße Kampfesgrüße zum 15. Jahrestag der Oktober-Revolution.

„Wir haben unseren Kampf, der fünf Tage den Verkehr in Berlin stilllegte, der durch keinen Terror der Staatsmacht in seiner Kampfstellung geschwächt werden konnte, abbrechen müssen auf Grund des organisierten Streikbruchs der Gewerkschaftsbürokratie.

Wir gehen in die Betriebe mit geballten Fäusten und zusammengebissenen Zähnen, mit dem Gelöbnis der entschlossenen Fortsetzung des Kampfes um Arbeit, Freiheit und Brot, für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Zentrale Streikleitung.“

Am Dienstag früh meldet sich, gemäß der Parole der Streikleitung, die gesamte Belegschaft auf den Dienststellen. Die Direktion sucht sich nun für die Streikverluste schadlos zu halten — 3000 Kollegen werden entlassen, ohne Rücksicht auf die Dienstjahre, ja, größtenteils sogar ohne Rücksicht auf ihre Teilnahme am Streik. So wird der Bahnhof 15 total stillgelegt, ebenso die Werkstatt Nord-Süd. Das Profitinteresse der Rationalisierung entscheidet.

In vielen Versammlungen nehmen die entlassenen Kollegen zur Lage Stellung, sie fühlen sich nicht geschlagen; sie wissen, Opfer des proletarischen Kampfes waren niemals umsonst.

Ein Beispiel aus der Vorkriegszeit: Die drei größten Streiks der Vorkriegszeit, die Streiks der deutschen Bergarbeiter 1889, 1905 und 1912, endeten mit einer Niederlage. Damals war es die Bürokratie des christlichen Bergarbeiter-Verbandes, die den Streikbruch organisierte. Aber durch diese „Niederlagen“ ist der Deutsche Bergarbeiter-Verband zu einer mächtigen Organisation geworden. Die Bergarbeiter haben in den Vorkriegsjahren dank dieser Streiks — das muß sogar ein scharfmacherischer Professor, Adolf Weber, in seinem Buch „Kampf zwischen Arbeit und Kapital“, zugeben — sich einigermaßen erträgliche Löhne erkämpfen können; dank dieser Streiks wurden vom Vorkriegs-Reichstag verschiedene Arbeiterschutz-Gesetze für die Bergarbeiter erlassen.

Ein Proteststurm gegen die Entlassungen bei der BVG ging durch Berlin. Tausende von Mark werden aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung zur Unterstützung der Gemaßregelten gesammelt. Die Küchen des Solidaritäts-Ausschusses der BVG-Arbeiter schützen die Kollegen vor dem Hunger, das aktive Eintreten der Erwerbslosen vor Exmittierung. Selbst die bürgerliche Presse sieht sich gezwungen, die Direktion vor den Massenentlassungen zu warnen.

Nur eine Zeitung, der „Vorwärts“, wagt es, einen „Brief eines Freigewerkschafters“ zu bringen, in dem es heißt:

„Ich bin dafür, daß unbillige Härte vermieden wird, aber auch dafür, daß den radikalen Elementen in der BVG-Belegschaft der Standpunkt klargemacht wird.“

Das Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie

Die „Weltbühne“, die seit Jahr und Tag mit aller Schärfe gegen die RGO auftritt, brachte eine Wertung des BVG-Streiks, unter der Ueberschrift „Die Streikbremse versagt“. Sie schreibt:

„Von vornherein wollten die Gewerkschaften keinen Streik in der BVG. Selbst wenn die von der Betriebsvertretung veranlaßte Urabstimmung eine qualifizierte Streikmehrheit ergeben hätte, hätte sich der Gesamtverband darauf berufen können, daß seine

Statuten für eine Kampffraktion voraussetzten, daß mindestens Dreiviertel der beteiligten Arbeiter mehr als 26 Wochen gewerkschaftlich organisiert sind, oder andere gut ausgetüftelte formale Einwände, auf Grund seines Streikreglements anführen können. Andererseits — und das ist für seine Haltung wichtig — ist der Verbandsvorstand jederzeit in der Lage, einen Streik zu proklamieren, völlig unabhängig von den Statuten. Auch das Argument, daß die Arbeiter nach der Verbindlichkeitserklärung nicht kämpfen durften, trifft daneben. Abgesehen davon, daß sich der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Herr Schaum, vor dem Schlichter gar nicht gegen die Verbindlichkeit wehrte, sie sogar herbeisehnte, es also noch zweifelhaft ist, ob nicht allein die moralische Unterstützung des Streiks durch die Gewerkschaften überhaupt die Direktion zum Nachgeben bewogen hätte, reichen Schadenersatzklagen, ja, sogar Mittel des Strafrechts kaum aus, um in dieser Situation ein günstiges Kampfergebnis, von den Gewerkschaften errungen, zu vereiteln." („Weltbühne", 15. November.)

Auf dem Berliner SPD-Bezirksparteitag, am 26. November, klagte der Referent Breitscheid darüber, daß der Gesamtverband vom Streik überrumpelt wurde. Die Bürokratie war des festen Glaubens, sie würde den Streik verhindern. Es kam anders, und die Gewerkschaftsbürokratie organisierte offen und brutal den Streikbruch. In einem Zahlenabend der 82. SPD-Abteilung erklärte der Sozialdemokrat Klose, ein angesehener Funktionär des Gesamtverbandes:

„Nachdem der Streik ausgebrochen war, hatten wir das größte Interesse daran, daß er zusammenbrach. Denn die Gewerkschaften hatten nicht damit gerechnet, daß es wirklich zum Streik kommen würde. . . . Man hat ferner nicht damit gerechnet, daß es der RGO tatsächlich gelingen würde, ohne Gewerkschaften den Streik durchzusetzen. Auch hatte man nicht erwartet, daß Freitag, 14 Uhr, das Personal trotz Drohungen ausblieb. Da die Gewerkschaften den Streik nicht mitmachen konnten, wäre es eine Unmöglichkeit gewesen, wenn der Streik Erfolg gehabt hätte. Denn dann wären die Gewerkschaften bei der BVG und überall erledigt gewesen. Es galt also, zu verhindern, daß Verhandlungen zwischen Streikleitung und Direktion stattfanden. Tatsächlich wäre Bürgermeister Elsaß beinahe bereit gewesen, Verhandlungen mit der Streikleitung aufzunehmen.

In Zukunft wird man sich schützen, indem man jetzt alle die Leute abschiebt, denen man aktive Beteiligung am Streik nachweisen kann. Der „Vorwärts“ hat sich für die Wiedereinstellung der Entlassenen eingesetzt. Das ist nur als besserer Scherz aufzufassen.“

Herr Klose ist offenherzig, aber wir wußten es auch ohne ihn: es war für die Gewerkschaftsbürokratie eine Existenzfrage den Streik der BVG-Arbeiter zu ersticken. Wer in Berlin zweifelt, daß ohne die Streikbruchhilfe der Bürokratie die BVG-Direktion schon in den ersten

Streiktagen auf die Knie gezwungen worden wäre? Am Donnerstag, dem 17. November, fand in den Sophiensälen eine Konferenz der sozialdemokratischen Abteilungsvorstände von Groß-Berlin zum Thema Verkehrsarbeiter-Streik statt. In dieser Sitzung mußte der Vorsitzende der Berliner Sozialistischen Arbeiter-Jugend, Erich Schmidt, zugeben:

„Der Gesamtverband hatte die Verpflichtung, zum Streik aufzurufen. . . . Wenn die Direktion gesehen hätte, daß die Gewerkschaften es mit dem Streik und seiner Ausdehnung ernst meinen, dann hätte sie gewiß nachgegeben.“

Sie, die Gewerkschaftsbükratie, die von den Opfern des BVG-Streiks spricht, hat den heroischen Streik der BVG-Arbeiter erdolcht, hat dreitausend Arbeiter brotlos gemacht.

Aber nicht nur das. Ein Sieg im BVG-Streik wäre von so gewaltiger Bedeutung für den Kampf zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland, er hätte eine Kette großer, erfolgreicher Streiks ausgelöst, die eine gewaltige Verschiebung der Klassenkräfte zugunsten des Proletariats bedeuten würden. Niemand war imstande, die Streikfront der BVG-Arbeiter zu brechen. Das brachte nur die Gewerkschaftsbükratie fertig.

Wir fragen die Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter: Ist das gut so? Hat die deutsche Arbeiterklasse in jahrzehntelanger, opfervoller Arbeit die Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut, damit sie von den Gewerkschaftsbükraten zum Streikbruch eingesetzt werden? Soll es so weitergehen, Gewerkschaftskollegen?

Die Streikbrecher in der Nazi-Gauleitung

Die Berliner Organisation der NSDAP und der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) haben sich für den BVG-Streik ausgesprochen. In hunderten Streiks der letzten Jahre hat die Nazi-Führung offen und rücksichtslos ihren Mitgliedern den Streikbruch empfohlen. Warum machte die Nazi-Führung den BVG-Streik mit, hat sie ihre Stellung zum Streik geändert?

Die Nazis haben eine eigene Streik-Theorie. Hitler nimmt in „Mein Kampf“ und in einem programmatischen Aufsatz anläßlich des Berliner Metallarbeiter-Streiks, Herbst 1930 („Völkischer Beobachter“, 5. 11. 30), zum wirtschaftlichen Streik Stellung. Im „Dritten Reich“ werden Streiks überhaupt verboten. Bis zum projizierten „Dritten Reich“ sind Streiks zulässig. Unter allen Umständen — belehrt uns Hitler — sei der Streik ein Uebel. Aber ab und zu könne er angewandt werden, wenn er die „nationale Wirtschaft“ nicht schädigt.

In der Krise sei der Streik um jeden Preis abzulehnen, „weil die gesamte Wirtschaft an sich vor dem Zusammenbruch steht“.

Beim Berliner Metallarbeiter-Streik 1930 machte die NSDAP mit. Nach einem Bericht des „Berliner Tageblatts“, vom 29. Oktober 1930, erklärte der Leiter der zentralen wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, Dr. Wagener in Dresden in einer Veranstaltung der sächsischen Metallindustriellen zum Berliner Metallarbeiterstreik:

„Es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten, denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten.“

Am 6. November 1932 waren die Wahlen zum Reichstag. Die NSDAP rechnete mit großem Stimmenverlust. Sie mußte deshalb aus wahltaktischen Gründen den Streik nitmachen.

Die Naziarbeiter in der BVG haben ehrlich Schulter an Schulter mit den übrigen Kollegen gestanden. Anders die Nazi-Leitung. Einige Beispiele genügen:

Drei Tage vor Beginn des Streiks sprach der Führer der KPD, Genosse Thälmann, im Sportpalast 500 uniformierte BVG-Arbeiter marschierten unter dem tosenden Beifall der Versammelten ein. Die Kundgebung wurde benutzt, um den Kampf der BVG-Arbeiter zu unterstützen. Hitler hat am Vorabend des Streiks im Sportpalast gesprochen, ohne auch nur mit einer Silbe auf den BVG-Kampf einzugehen. Er hatte alle Gründe, sich darüber auszuschweigen.

In den Morgenstunden des ersten Streiktages, bei der Wahl der Streikleitungen, kam es auf vielen Dienststellen zu Auseinandersetzungen mit den Nazis. Die NSBO-Leitung gab ihren Mitgliedern die Parole, die Vertreter der Erwerbslosen sollen nicht in die Streikleitungen gewählt werden. Dabei war es von vornherein klar, daß die BVG-Arbeiter nur in geschlossener Front, zusammen mit den Erwerbslosen, siegen können.

Überall, wo Abgesandte der Nazi-Leitungen in den Streiklokalen auftauchten, hatten die Mitglieder der Streikleitung mehr als genug zu tun, um neue Parolen und Gerüchte zu bekämpfen. Bald werden Märchen verbreitet über die Zahl der Arbeitswilligen, die sich angeblich gemeldet hätten; bald ermahnt man die Streikenden, nicht in Uniform aufzutreten und sich so selbst eines der wirksamsten Organisationsmittel zu berauben.

Auf Anweisung der Nazi-Leitung wird versucht, eigene Streiklokale und eigene Streikleitungen aufzumachen, um die Streikfront zu spalten. Der „Angriff“ berichtet, daß Engel, der Führer der Berliner NSBO, mit der Direktion der BVG über Aufnahme der Arbeit verhandelt.

Die Verbreiterung des Streiks auf die lebenswichtigen Betriebe wird zur Parole aller BVG-Arbeiter. Die NSBO spricht sich kategorisch dagegen aus, denn „das sind lebenswichtige Betriebe und unser Streik“ — der bisher drei Tote, 60 Verwundete, 500 Verhaftete gekostet hat — „ist kein politischer Streik!“

Am Sonnabend legte NSBO-Gauleiter Engel die Zentralleitung des Streiks für die NSBO-Mitglieder nieder. Am Sonntag ist Wahl, dann kommen die Verhandlungen über die Einbeziehung der Nazis in die Regierung, man müsse sich „korrekt“ benehmen.

Der „Angriff“ bringt die Meldungen über den Streik versteckt im Innern des Blattes. Die Nachrichten der zentralen Streikleitung bringt er nicht.

Das sind nur wenige Beispiele, wie die Nazi-Leitung den BVG-Streik „mitmachte“.

Was lehrt der BVG-Streik?

Trotz des finsternen Verrats der Gewerkschaftsbürokratie hat die Berliner Arbeiterschaft, hat das ganze deutsche Proletariat in den fünf Streiktagen eine große Schlacht gewonnen. Gewaltig ist die Steigerung des Kraftbewußtseins in den Arbeitermassen. Zum ersten Male nach vielen Jahren hat die deutsche Arbeiterklasse einen lebendigen Begriff von der ungeahnten Kraft, die sie besitzt, erhalten.

Der BVG-Streik hat der ganzen Arbeiteröffentlichkeit gezeigt, wie scharf die Waffe des Streiks ist. Dieser Streik hat die Arbeiterschaft Berlins bis hart an den politischen Massenstreik herangebracht. Einer der Grundgedanken der politischen Resolution des im September stattgefundenen 12. Plenums der Exekutive der Kommunistischen Internationale hat sich hier mit bezwingender Überzeugungskraft bestätigt. „Der Kampf um die elementarsten Nöte der Massen“ — heißt es in den Thesen zum Bericht des Genossen Kuusinen — „bringt diese (die Massen) mit den unmittelbaren Grundlagen der Existenz des Kapitalismus in Zusammenstoß.“ In der Entschließung über den wirtschaftlichen Kampf heißt es:

„Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats nimmt einen immer revolutionären Charakter an und stellt, indem er sich immer häufiger mit verschiedenen Elementen und Formen politischer Aktionen verbindet, auch in der jetzigen Etappe und in der über-großen Mehrzahl der kapitalistischen Länder das Hauptkettenglied zur Heranführung der Massen an die bevorstehenden revolutionären Kämpfe dar.“

Große wirtschaftliche Streiks werden in unserer Zeit von den Unternehmern wie von den Arbeitern mit politischen Mitteln geführt. Die streikenden Arbeiter werden gezwungen, politische Forderungen aufzustellen. Bei einer bestimmten Verschärfung tritt vor die Arbeiterschaft die Frage des politischen Massenstreiks.

Der BVG-Streik war ein Schulbeispiel für die Organisation der Einheitsfront der Tat. Der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition gelang es, kommunistische, sozialdemokratische, national-sozialistische und parteilose Arbeiter im Kampf zusammenzuschweißen.

Schulter an Schulter kämpften sie, ohne Unterschied von Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit.

Eine andere Lehre. Die Sondergerichtsverhandlungen über den BVG-Streik haben gezeigt, wie völlig indifferente Arbeiter, Frauen, Kleingewerbetreibende in den Kampf hineingezogen werden, die Streikenden aktiv unterstützen und sogar in Konflikt mit den Organen der Staatsmacht treten. Erinnern wir uns an das, was Lenin 1913 anlässlich der damaligen Streikwelle in Rußland schrieb:

„Ein Streikjahr nach Lena (nach dem Blutbad in den Lenaer Goldgruben) hat gezeigt — trotz des erbärmlichen Geheuls der Liberalen und ihrer Unterhelfer gegen das ‚dauernde Streiken‘, gegen die ‚syndikalistischen Streiks‘, gegen die Verbindung des wirtschaftlichen Streiks mit den politischen und umgekehrt — dieses Jahr hat gezeigt, was für eine große, unentbehrliche Waffe das sozialdemokratische (jetzt würde es heißen: kommunistische) Proletariat in der revolutionären Epoche sich geschmiedet hat, um in den Massen zu agitieren, um sie aufzuwecken, um sie in den Kampf einzubeziehen. Der revolutionäre Massenstreik hielt den Feind in Atem. Der revolutionäre Massenstreik schädigte den Feind materiell, er zersetzte das Prestige der angeblich ‚starken‘ Zaren-Regierung. Der revolutionäre Massenstreik gab immer neuen Schichten der Arbeiterschaft die Möglichkeit, die Errungenschaften der Revolution 1905, wenn auch nur zum kleinen Teil, zurückzuerobern. Der revolutionäre Massenstreik zog immer neue Schichten der Werktätigen in Kämpfe und erfaßte auch die rückständigen.“

Es gab kein einziges Haus in Berlin, in dem man in den fünf Streiktagen nicht vom BVG-Streik sprach. Man sprach von dem Lohnabbau, man sprach von der Polizei, man sprach vom Schlichter, man sprach von der Streikbruchaktion der Gewerkschaftsbükratie. Gewaltige Sympathien des ganzen werktätigen Berlins gehörten in diesen Tagen ungeteilt den streikenden BVG-Arbeitern und ihrer Führerin, der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition.

Und noch etwas hat dieser Streik gezeigt: Die Fehler und Mängel in der Arbeit der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats. Eine der größten Lehren dieses Streiks ist die unentbehrliche Notwendigkeit, die revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu verstärken. Der Genosse Ernst Thälmann sagte auf dem Hamburger Bezirksparteitag der KPD am 4. Dezember zum BVG-Streik:

„Unseren Berliner Genossen hat der BGV-Streik die große Lehre gegeben, innerhalb der Gewerkschaften eine viel gründlichere, systematische Oppositionsarbeit zu beginnen, um noch bessere Voraussetzungen für zukünftige Kampftaktionen zu schaffen.“

In den Thesen des VII Plenums wird über die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften gesagt:

„Der Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, besonders in Ländern mit alten und starken reformistischen Gewerkschaften, ist eines der größten Hemmnisse für die Entwicklung des Klassenkampfes und kann . . . nur durch zähe Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaften, um jeden wählbaren Posten in der Gewerkschaft, für die Verjagung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Ortsorganisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften gebrochen werden.“

Der Berliner BVG-Streik hat die Richtigkeit dieses Gedankens unterstrichen. Ohne die Streikbruchhilfe der Bürokratie des Gesamtverbandes wäre der BVG-Streik schon in den ersten Tagen gewonnen,

Die ungenügende Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ist auch die Hauptursache, warum es nicht gelungen war, den BVG-Streik durch Streiks in Berliner Großbetrieben zu unterstützen. Der BVG-Streik war fünf Tage lang das Tagesgespräch in allen Berliner Betrieben; die Arbeiterschaft fühlte, der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter geht auch sie an. Nach den Berichten aus den Berliner Metallbetrieben steht fest: es lag an der mangelhaften Organisation, es lag an der mangelhaften Verankerung der RGO-Anhänger in den reformistischen Gewerkschaften, daß die Berliner Betriebe die BVG-Arbeiter nicht aktiv unterstützt haben.

Aus diesen Tatsachen gilt es zu lernen. Daraus werden die Berliner Organisationen der KPD und RGO, die KPD und RGO im ganzen Reich lernen.

Der BVG-Streik hat der deutschen Arbeiterschaft die bezwingende Gewalt des Massenstreiks demonstriert. Er hat die guten und schlechten Seiten in der Arbeit der Vorhut des Proletariats aufgerissen und beleuchtet. Und so schließen wir mit den Worten des letzten Aufrufs der zentralen Streikleitung:

**„Der Streik ist zu Ende —
wir kämpfen weiter!“**

Solidarität

Die BVG-Arbeiter haben einen heldenmütigen Kampf geführt, der im Interesse der gesamten Arbeiterschaft lag. Gegen den Willen der Gewerkschaftsführer und trotz Schlichtungsdiktat hielten die Streikenden aus. Nach Ausgang des Kampfes wurden 2 800 Kollegen gemäßregelt. Setzt dem Rachefeldzug der Direktion eure Solidarität entgegen!

Sammlungen nehmen unsere 32 Solidaritätsküchen in allen Stadtteilen Berlins und die Zentralsammelstelle. Lokal Schulz, Elisabethstraße 30, entgegen. Geldbeträge können eingezahlt werden auf

Postscheck:

Nitschke, Berlin, Nr. 41050

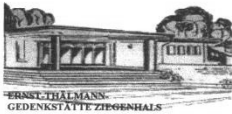


Zentraler Solidaritätsausschuß
Berlin - Brandenburg



Ernst Thälmann Denkmal Berlin, Greifswalder Straße

Mitglied werden



**Freundeskreis
„Ernst Thälmann, Ziegenhals – Berlin“ e.V.**

Mitgliedernachweiskarte – Antrag auf Mitgliedschaft

Reg. Nr.

Name: _____ Vorname: _____

Geburtsdatum: _____ Beruf: _____

Wohnanschrift: _____

Telefon/Fax: _____ E-Mail: _____

Mit meiner Unterschrift erkläre ich meinen Beitritt zum Freundeskreis „Ernst Thälmann, Ziegenhals – Berlin“ e.V. und versichere gemäß Satzung zu handeln und pflichtmäßig meinen Beitrag von mindestens:

- ☐ 20,00 Euro
☐ 10,00 Euro ermäßigt (im Falle der Bedürftigkeit)
☐ (Förderbeitrag bitte eintragen)

jährlich, jeweils bis April des laufenden Geschäftsjahres, zu bezahlen. Zutreffendes bitte ankreuzen.
Wir empfehlen einen Überweisungsdauerauftrag bei der Bank einzurichten

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Liebes Mitglied!

Spenden und Mitgliedsbeiträge können auf unser Konto überwiesen werden.

Unsere Bankverbindung lautet:

Bankinstitut:

IBAN-Nr.:

Swift/Bic:

Mittelbrandenburgische Sparkasse, GS Niederlehme

DE 91 1605 0000 10009685 92

WELADED1PMB

Kontakt: Freundeskreis „Ernst-Thälmann, Ziegenhals-Berlin“ e.V., Jonasstraße 29, 12059 Berlin

E-Mail: vorstand@etg-ziegenhals.de

Internet: www.etg-ziegenhals.de

**Besucht unseren
Video-Kanal auf  YouTube**



Freunde Ernst Thälmann

Freunde Ernst Thälmanns

Beitrittserklärung

zum Förderverein der Gedenkstätte Ernst Thälmann

Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V.,
Ernst-Thälmann-Platz/Tarpenbekstraße 66, 20251 Hamburg
E-Mail: kuratorium@thaelmann-gedenkstaette.de



Ja! Ich bzw. meine Organisation werde/wird Mitglied im Förderverein zum Erhalt der Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg!

Name, Vorname / Organisation

Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort, Bundesland

E-Mail-Adresse; Geburtsdatum

Ich/wir unterstützen den Förderverein zum Erhalt der Gedenkstätte Ernst Thälmann ab (sofort oder Monat/Jahr des Beitritts) mit (mindestens 5 Euro) monatlich und habe/n dafür einen Dauerauftrag eingerichtet. Ich/Wir zahle/e: (bitte ankreuzen)

☐ Monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Bankverbindung: Förderverein der GET,
IBAN: DE48 2005 0550 1234 1242 51, BIC: HASPDEHHXXX

www.thaelmann-gedenkstaette.de

Werdet Mitglied im Förderverein der Gedenkstätte!

Zieht die Lehren aus Hamburg!

Wie war es der Gewerkschaftsbürokratie möglich, den mit Geschlossenheit und größtem Elan durchgeführten Streik der Hamburger Hoch- und Straßenbahner abzuwürgen?

**Jeder Genosse und RGO.-Kollege
liest die Broschüre**

Streiksignal und Streikverrat

Diese 16seitige Broschüre schildert den Verlauf des Streiks in allen Etappen und erläutert an den Tatsachen die Streikbruchpolitik der reformistischen Streikführung. Hier wird an einem Schulbeispiel wieder einmal bewiesen, daß die RGO. hundertmal recht hat, wenn sie vor und in jedem Streikkampf die Schaffung selbstgewählter Streikleitungen fordert, die sich aus den besten und klassenbewußtesten Kollegen zusammensetzen. Mit den Hamburger Straßen- und Hochbahnern, die voll Wut und Empörung die Arbeit wieder aufnahmen, muß die ganze Arbeiterschaft die Lehre ziehen: mit der Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den ADGB-Verbänden der Streikbruchpolitik der Führer ein Ende zu machen.

Für den Massenvertrieb dieser Broschüre, besonders in allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen sollte deshalb jeder RGO.-Kollege sorgen. Die Broschüre kostet 10 Pfennig und ist bei jedem Literaturobmann zu haben oder direkt vom

Verlag Betrieb und Gewerkschaft
Berlin C 25, Münzstraße 24